

Beraten lassen...

So richtig anfreunden mit der Tätigkeit von Beraterfirmen kann ich mich nicht. Wenn externe Berater ein Unternehmen aufsuchen, gibt es nachher dort meist weniger Mitarbeiter als vorher. Natürlich: Denn mit Einsparungen am Personal erzielt man kurzfristig die meisten Gewinne. Der Kahlschlag im Öffentlichen Dienst Berlins der Senatoren Sarrazin und Nußbaum muss nun wieder mühselig aufgeforstet werden. Berlin in eine wachsende Stadt. Das konnte offenbar niemand vorhersehen.

Ob großes oder kleines privatwirtschaftliches Unternehmen, börsennotierte Konzerne, Bundes- oder Landesbehörden, Kommunen oder Ämter, viele holen sich externe Berater in die Büros, um sich bei Problemen helfen zu lassen, die sie mit ihrem eigenen Know-How nicht lösen können. Das ist vom Grundsatz her nichts Neues und auch nichts, wovon man sich aufregen kann. In einer stetig komplizierter werdenden Welt ist immer mehr Expertenwissen gefragt, das weit über das hinausgeht, was Angestellte oder Beamte auf den Verwaltungsakademien lernen.

Die so genannte „McKinsey-Affäre“ gibt nichts her, bis auf den Umstand, dass der Chef der Senatskanzlei nicht alle so rechtzeitig und umfangreich informiert hat, wie es gut gewesen wäre. In Sachen „Flüchtlingskrise“ müssten sich die Medien und die Parlamentsopposition allerdings entscheiden, ob es schnell gehen soll oder man warten kann bis eine europaweite Ausschreibung zu Ende geführt worden ist.

Die BZ hat aus dem Berliner Rathaus das „Rote Filzhaus“ gemacht. Eine Aussage, die auch durch Wiederholung nicht richtiger wird. Um richtig oder falsch geht es auch gar nicht, sondern um die übliche Stimmungsmache und das kühne in die Welt setzen von Verschwörungstheorien und Unterstellungen. Kaffeesatzlesen ersetzt die Recherche.

Wenn ich lese: „BZ enthüllt“, dann meldet sich bei mir zuerst das Zwerchfell. Gern würde die BZ in der Liga von Rechercheverbänden wie der Süddeutschen Zeitung, NDR und WDR mitspielen. Das gelingt ja nicht einmal dem Tagesspiegel, der die BZ-Masche auf ein höheres Niveau zu heben versucht, was auch nur selten klappt. Zwischen 1998 und heute ist die BZ-Auflage laut wikipedia von 275.000 auf 115.000 Exemplare gesunken. Ein

Minus von 160.000. Man kämpft ums Überleben. Ob die praktizierte Art der Berichterstattung die geschrumpfte Leserschaft hält, wage ich zu bezweifeln. Dem Tagesspiegel geht es nicht viel besser, laut wikipedia im selben Zeitraum von 135.000 auf BZ-Niveau, wobei man zwischen 2000 und 2008 die 150.000-Marke ankratzte.

Also: die BZ deckt auf: „Nach der McKinsey-Affäre deckt B.Z. etwas Weiteres auf. Bisher wird es verheimlicht: Die Senatskanzlei lässt sich von Promi-Anwalt Schertz beraten, zahlt ein monatliches Pauschalhonorar.“ Das Blatt wirft Senatskanzleichef Björn Böhning vor, wichtige Informationen dem Parlament gegenüber verschwiegen zu haben. Es gebe eben diesen „geheimen Beratervertrag“ mit Christian Schertz.

„Nach B.Z.-Informationen schloss Böhning mit Schertz' Kanzlei ‚Schertz Bergmann‘ im Herbst vorigen Jahres eine lukrative Vereinbarung ab. Demnach bindet sich die Senatskanzlei exklusiv an Schertz' Kanzlei in medien- und presserechtlichen Angelegenheiten.“

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt dazu mit: „Es gibt seit vielen Jahren eine regelmäßige und konstante Zusammenarbeit und Vertretung für die Senatskanzlei zu medienrechtlichen Fragen durch die Kanzlei Schertz-Bergmann. Diese Zusammenarbeit wurde mit dem Wechsel an der Hausspitze beibehalten. Eine rechtsanwaltliche Vertretung liegt der Sache nach im geschützten Vertrauensbereich einer jeden Behörde. Im Sinne des Steuerzahlers wurde eine übliche anwaltliche Honorarvereinbarung getroffen, die die Möglichkeit einer medienrechtlichen Vertretung und Interessenwahrnehmung in Verbindung mit einem günstigeren Stundensatz bei bis zu 15 Stunden schafft.“

Der Chef der Senatskanzlei, Björn Böhning, hat auf diese und weitere Rechtsvertretungen, die die Senatskanzlei unterhält, in der Ausschusssitzung Bezug genommen. Der Vorwurf, das Parlament wurde belogen, ist schlicht falsch. Im Hauptausschuss sagte Böhning wörtlich: „Es gibt aktuell Rechtsberatungen zu weiteren Themen, dot.berlin ist so ein Thema, was wir hier haben. Es gibt sonst aktuell keine weiteren Beraterverträge, erst recht nicht im Bereich Flüchtlinge und Integration, seitens der Senatskanzlei.“

Das hindert die BZ natürlich nicht, ihre Verschwörungsgeschichte weiter zu spinnen. So stört sich die BZ daran, dass die Senatskanzlei eigene Juristen

hat. Die gibt es auch in allen anderen Behörden und erst recht in Unternehmen. Dennoch werden immer wieder externe Rechtsanwälte zu bestimmten Themen engagiert, und das nicht allein deshalb, weil man den Behördenjuristen nachsagt, nicht die hellsten Kerzen am Weihnachtsbaum zu sein. Vor allem wenn es um presserechtliche Frage geht, kann man den Berliner Behörden nur raten, die besten Medienanwälte der Stadt zu engagieren. Und zu denen gehört Christian Schertz zweifelsohne.

Der Senat ist nicht verpflichtet, sich jede Behauptung gefallen zu lassen. Wenn es berechtigte Gründe für Gegendarstellungen gibt, muss man diesen Weg gehen.

Lassen wir aber einmal diese Spielchen mit Behauptungen und Gegenbehauptung beiseite. Es bringt nichts, weil der geneigte Leser inzwischen so klug ist, dass er seiner Zeitung ohnehin wenig traut, ein Grund für die sinkenden Auflagen. Dass der Bürger seiner Verwaltung wenig Glauben schenkt, ist bedauerlich. Leider bestand aber auch hier der eine oder andere Anlass. Seit der Ehrenwortklärung von Uwe Barschel 1987 oder den Spendenaffären, ist der Bürger sehr skeptisch geworden.

Was sollen also die ständigen Versuche, relativ einfache Vorgänge zu Skandalen hochzustilisieren und sofort den Begriff Filz an die Wand zu malen? Was wollen die Zeitungen damit erreichen? Für die 2011 im Rennen ums Berliner Rathaus fulminant gescheiterte Renate Künast geht es bei dem McKinsey Vorgang „mindestens um die Vorstufe zur Korruption.“ Quelle: Der Tagesspiegel vom 21.03.2016. Ich frage mich wirklich, ob Frau Künast noch bei Trost ist. Immerhin ist die Grüne Vorsitzende des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag.

Wie Stimmung in der Stadt gemacht wird, zeigt der Tagesspiegel sehr eindrucksvoll in der Sonntagsausgabe vom 20. März. „Die mögliche Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Interessen im Fall McKinsey wäre nicht die erste Affäre ihrer Art - eine Berliner Skandalgeschichte.“ Werner van Bebber, ein alt- und lang gedienter Tagesspiegel-Redakteur, hat in seinem Archiv gekramt und alles zusammengetragen, was in Berlin jemals nach Filz roch: Steglitzer Kreisel, Tempodrom, Garski, Antes, Bankenskandal... Ein riesiger Artikel für den Sonntagmorgenfrühstückstisch, damit einem der Kaffee hochkommt. Zwar geht es um die „mögliche Ver-

quickung“, so vorsichtig ist er dann doch, was ihn nicht daran hindert, den Eindruck entstehen zu lassen, als folge McKinsey Tempodrom und Kreisel auf dem Fuße. Natürlich weiß van Bebber, dass die Vorgänge nicht annähernd vergleichbar sind.

Wenn man die Berichterstattung, vor allem auch im Newsletter Checkpoint von Tagesspiegel-Chefredakteur Lorenz Maroldt, verfolgt, kann man sich nur gruseln in dieser Stadt leben zu müssen, wo so gar nichts rund läuft. Vermutlich wird im Newsletter deshalb auf den Wein des Monats hingewiesen – kaufen Sie 11 Flaschen und bekommen sei eine gratis dazu – weil man sich in Berlin halt das Leben schön saufen muss, um es zu ertragen.

Es ist die Aufgabe der Medien, alles kritisch zu durchleuchten und zu hinterfragen, was nicht heißt, aus jedem Pfurtz einen Skandal machen zu müssen. Es ist aber auch Aufgabe der Medien, die Lebenswirklichkeit in einer Stadt widerzuspiegeln, und zwar nicht nur im Feuilleton und Sport, sondern auch im politischen Teil.

Man kann auch kritisch berichten und hinterfragen, ohne andere Menschen zu verunglimpfen und schlecht zu machen. Austeilen können Journalisten sehr gut, wenn sie aber einmal selbst Gegenstand einer kritischen Betrachtung werden, dann fangen sie fast an zu heulen und sind beleidigt. Wenn Journalisten Björn Böhning Selbstherrlichkeit vorwerfen, dann sollten sie beim Schreiben nicht vergessen, ab und zu in ihren Spiegel zu schauen. Es gibt kaum eine Berufsgruppe mit größerem Sendungsbewusstsein als Journalisten.

Ich frage mich immer wieder, warum sich Menschen noch bereit erklären, in die Politik zu gehen. So gut verdient man damit auch nicht, es sei denn, man ist ziemlich weit oben. Und es nützt nichts, bescheiden einen Orangensaft in Hollywood zu trinken, für den Boulevard ist man dennoch der neue Partybürgermeister. Politiker werden teilweise als Freiwild betrachtet, denen man alles um die Ohren hauen kann. Es gibt unter den Politikern in Berlin viele Nieten, keine Frage, aber auch sehr viele äußerst engagierte Leute, die sich den Hintern für diese Stadt aufreißen. Bei den Journalisten ist es ähnlich. Einer Gruppe von selbstherrlichen Gralshütern ihrer eigenen nicht erkennbaren Wertvorstellungen stehen hoch engagierte Menschen gegenüber, die Berlin nach vorn bringen wollen und denen auch die vielen positiven Seiten nicht verborgen bleiben.

All das, was in den letzten Tagen zu McKinsey und Lutz Diwell berichtet wurde, hat keinen Nachrichtenwert. Nachrichten heißen Nachrichten, weil man sich danach richten kann. Und das kann man eben nicht. Journalisten wie Lars Petersen von der BZ und Lorenz Maroldt vom Tagesspiegel arbeiten kontinuierlich daran, dem Regierenden Bürgermeister am Zeug zu flicken.

Welche Rolle spielt beispielsweise Tagesspiegel-Herausgeber Sebastian Turner in diesem Spiel? Was für ein Berlin wünscht sich der 2012 gescheiterte Stuttgarter CDU/FDP-Oberbürgermeisterkandidat? Träumt er vielleicht von einem CDUgeführten Senat mit seinem Freund Thomas Heilmann an der Spitze?

Auf den Dartscheiben in einigen Redaktions-, Verlags- und Herausgeberbüros hängen offenbar die Fotos von Michael Müller und Frank Henkel. Wer Menschen niederschreibt und beschädigt, sollte immer daran denken, was/wer danach kommen soll. Turner gilt als Urheber des Slogans „Wir können alles – außer Hochdeutsch“. Im Augenblick sieht es eher so aus: „Wir können alles außer fairen Journalismus!“ Turner sollte sich vergegenwärtigen, dass 1981 vorbei ist, als er in Stuttgart eine Schülerzeitung gründete. *(Quelle: wikipedia)*

„Gemeinsam mit Geschäftsführer Florian Kranefuß und den Chefredakteuren Stephan-Andreas Casdorff und Lorenz Maroldt wird er (Turner) den Tagesspiegel im Print wie im Digitalen weiterentwickeln und die Kernmarke durch Innovationen um markenaffine Produkte arrondieren“, schreibt der Tagesspiegel im Dezember 2013. Arrondieren bedeutet übrigens abrunden, ist natürlich für den Tagesspiegel zu simpel.

Fazit: gibt's nicht. Alle werden so weitermachen wie bisher und die Politikverdrossenheit schüren. Übrigens: die AfD liegt in Berlin zwischen sieben und zehn Prozent. Nur weiter so...

Ed Koch